



BILDUNGSKONZEPT

Weil wir die Zukunft sind!



Inhalt

Politische Bildung und Medienkunde.....	3
Zentralmatura.....	5
Schule des 21. Jahrhunderts.....	7
Umweltschutz.....	9
Supportpersonal.....	11
Pflichtschulbereich.....	13

Politische Bildung und Medienkunde

In Österreich dürfen Jugendliche ab dem Alter von 16 Jahren wählen gehen. Aus diesem Grund ist es mehr denn je notwendig, jungen Menschen die Abläufe der Demokratie und in weiterer Folge ein Verständnis für die Politik in Österreich sowohl als auch der Welt zu schaffen. Bei Politischer Bildung geht es nicht nur darum, dass die österreichische Parteienlandschaft neutral vorgestellt wird, sondern auch um unseren Staat Österreich und den Staatsapparat selbst. Welche Werte gelten in Österreich, wie entstehen Gesetze, was sind die Aufgaben eines Bundespräsidenten oder wofür gibt es einen Nationalrat und einen Bundesrat?

Dies ist essentielles Wissen, welches jede und jeder Jugendliche haben muss. Zusammengefasst sehen wir es als unabdingbar an, dass im Fach Politische Bildung und Medienkunde unser Staats-, Rechts- und das demokratische System der Republik Österreich Platz findet. Darüber hinaus ist die Europäische Union ein wichtiger Teil unseres Alltags und sollte ebenfalls behandelt werden. Hierbei ist es ebenfalls von Bedeutung, dass internationale politische Systeme, wie das in den USA oder in China besprochen und analysiert werden. Dabei spielt die Geschichte in der Entstehung der Politik und den heute bekannten Abläufen eine wichtige und tragende Rolle und soll daher ebenfalls Platz in diesem Unterrichtsfach finden. Des Weiteren sind für Jugendliche heutzutage Soziale Medien die wichtigsten Informationsplattformen.

Leider gibt es hier einen Informationsüberfluss, welcher dazu führt, dass die Jugend falsch oder schlecht informiert ist. Dieser Entwicklung muss entgegengewirkt werden. Aus diesem Grund soll zu politischer Bildung zusätzlich noch Medienkunde gelehrt werden. Dabei sollen Schülerinnen und Schüler lernen, welche Quellen sind vertrauenswürdig, wie erkennt man Fake News und wie setzt man das Smartphone für eine fundierte Informationsbeschaffung ein. Dabei sollen Kompetenzen, wie kritisches Hinterfragen und vernetztes Denken genauso gefördert und gestärkt werden.

Daher fordern wir ein eigenständiges Fach „Politische Bildung“ ab der 7. Schulstufe. Im Fach Politische Bildung und Medienkunde soll unser Staats-, Rechts- und das demokratische System der Republik Österreich Platz finden und darüber hinaus die Europäische Union mitsamt ihren Auswirkungen auf den Alltag behandelt werden. Außerdem soll mit der ausführlichen Vermittlung von Medienkunde Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern weitergebildet

werden. Sie sollen wissen, wie man verschiedene Quellen analysiert, Statements und Programme kritisch hinterfragt und sich so eine eigenständige Meinung bilden kann.

- Einführung des Pflichtfaches politische Bildung und Medienkunde ab der 7. Schulstufe

Zentralmatura

Die neue Matura, die so genannte teilstandardisierte kompetenzorientierte Reifeprüfung bzw. Reife- und Diplomprüfung, ist an AHS seit dem Schuljahr 2014/2015 und an BHS seit dem Schuljahr 2015/2016 flächendeckend eingeführt. Das Ziel dieser Umsetzung war, dass die neue Matura mehr Fairness bringt, gleiche Bedingungen für alle Maturantinnen sowie Maturanten bietet und leichtere Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse für weiterführende Bildungseinrichtungen schafft. Dennoch hat die Zentralmatura ihre Ziele immer noch nicht ganz erreicht. Um die Zentralmatura ständig weiterentwickeln und sie zu einem funktionierenden System machen zu können, braucht es einen ständigen Evaluierungsprozess. Dieser soll nach jedem Jahr durchgeführt werden, um neue Probleme zu identifizieren und gut funktionierende Abläufe beizubehalten sowie zu stärken.

Durch diese ständigen Evaluierungen und Überprüfungen, wird erreicht, dass die Zentralmatura zu einem funktionierenden und qualitativ guten System wird. Ein System, welches international Ansehen genießt und als guter Abschluss gilt, eröffnet Absolventinnen und Absolventen neue Möglichkeiten. Außerdem hat die Zentralmatura von Jahr zu Jahr einen anderen Schwierigkeitsgrad. Das Maturazeugnis ist das Aushängeschild der gesamten schulischen Karriere und sollte das tatsächliche Können so gut wie möglich widerspiegeln. Das ist momentan noch nicht der Fall. Ein Jahr mit einer einfachen Matura führt zu einer guten Note, während eine schwere Matura zu einer schlechten Note führt und damit das Gesamtbild verzerrt. Damit verliert dieses Zeugnis an Aussagekraft - als zukünftige Arbeitskraft wird man jedoch trotzdem daran gemessen. Schwierige oder leichte Jahrgänge darf es zukünftig nicht mehr geben. Schülerinnen und Schüler brauchen faire Verhältnisse, die nur dann geschaffen werden, wenn das Niveau einheitlich und gleichbleibend ist.

Hierbei darf man aber nicht von einer Senkung sprechen, sondern vielmehr von einer Anhebung des Niveaus und somit einer gezielten Förderung und Forderung der Schülerschaft. Wir fordern deshalb eine Kontinuität bei den Schwierigkeitsgraden der Zentralmatura. Ein weiterer wichtiger Punkt, welcher bei den Zentralmatura noch zu wünschen übriglässt, sind die Hilfsmittel. Von Schule zu Schule gibt es große Differenzen. Während die einen Schulklassen ihre Matura am Laptop schreiben können, sind andere Klassen noch klassisch mit Füllfeder unterwegs. Dies gilt für eigentlich alle Fächer, ob Deutsch, Mathematik oder Fremdsprachen, die Unterschiede sind österreichweit zu groß. Wir fordern, dass alle Schülerinnen und Schüler einen einheitlichen Zugang zu Hilfsmitteln haben. Hier benötigt es eine echte Zentralisierung.

- Kontinuierliche Evaluierung der Zentralmatura für ein qualitatives System
- Kontinuität bei den Schwierigkeitsgraden, um die Aussagekraft zu bewahren
- Einheitlicher Zugang zu Hilfsmitteln
- Anonyme Korrektur

Schule des 21. Jahrhunderts

Berufsfelder unserer Eltern und früherer Generationen werden nach und nach automatisiert, von Computern und Maschinen übernommen. Neue Berufe, mit ganz anderen Ansprüchen und absolut verschiedenen Aufgaben an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sind mittlerweile am Wachsen und werden unsere Zukunft klar bestimmen.

Die westlichen Industrienationen und mit ihnen auch Österreich, stehen heute vor der größten Herausforderung seit Jahrzehnten. Industrie 4.0 und Digitalisierung, um nur zwei Schlagworte zu nennen, werden in den nächsten Jahren Lebensumfeld und Arbeitsbedingungen stark verändern – viel stärker, als uns dies heute schon bewusst ist bzw. es bisher im Zuge der laufenden Digitalisierung der Fall war.

Durch den Digitalen Wandel nehmen die Anforderungen, speziell für junge Menschen, zu dem Thema Digitalisierung und Umgang mit moderner Technik, im Berufsleben, zu. Bereits in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Unternehmen möglichst früh auf den unaufhaltsamen Zug des Fortschritts aufspringen müssen, um weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben. Doch irgendwie haben unsere Schulen diesen Fortschritt bzw. das Aufspringen auf diesen Zug verpasst. Denn Digitalisierung und digitales Wissen werden zurzeit an Schulen nicht oder kaum gelehrt. Der Grund dafür? An vielen Schulen ist die Infrastruktur und die Ausstattung schlichtweg nicht gegeben. Kein funktionierendes W-Lan sowie keine Laptops und Tablets, welche im Unterricht verwendet werden. Dabei sollten diese Punkte im 21. Jahrhundert, wo so vieles schon digitalisiert ist, keine Rolle mehr spielen. Schülerinnen und Schüler sollten auf die Welt nach der Schule vorbereitet werden.

Dass Schule im 21. Jahrhundert auch digitale Kompetenzen vermitteln muss, steht außer Frage. Wer Schülerinnen und Schüler auf die Zukunft vorbereiten will, muss ihnen das entsprechende Rüstzeug mitgeben. Umstritten sind dagegen die Inhalte:

Müssen alle programmieren lernen? Gehören soziale Medien und der Umgang mit Datensouveränität in den Unterricht? Und braucht es ein neues Schulfach oder sind neue Medien eine Querschnittsdisziplin?

Digitale Kompetenz bedeutet mehr als die Fähigkeit, Technik zu nutzen. Schülerinnen und Schüler müssen die digitale Welt verstehen: Wie sortiert Google meine Suchergebnisse? Worauf muss ich

achten, wenn ich Daten teile? Und die Schülerschaft müssen in die Lage versetzt werden, selber digitale Inhalte zu erschaffen. Dazu reicht es nicht, eine Programmiersprache zu erlernen, die wahrscheinlich bald schon wieder veraltet ist. Wichtiger ist, ihre Logik zu verstehen. Nur wer weiß, wie Algorithmen funktionieren, kann mit dem Wandel Schritt halten und dessen Chancen und Risiken bewerten.

Dafür muss in der Schule Platz sein, sonst wird die soziale Schere weiter aufgehen. Aus diesem Grund müssen zwei Punkte angegangen werden. Zum einen brauchen unsere Lehrerinnen und Lehrer verpflichtende Fortbildungen im Bereich Digitalisierung und Medienkunde. Und zum anderen muss die Ausstattung an allen Schulen auf einen einheitlichen Standard gehoben werden, sodass die Schülerinnen und Schüler gut und gezielt ausgebildet werden können.

- Digitalisierung muss deshalb Pflichtprogramm in jedem Lehramtsstudium werden
- Einheitliche und ausreichende digitale Infrastruktur an allen Schulen
- Digitale Grundbildung in jeder Schulstufe

Umweltschutz

Unser modernes Leben belastet die Umwelt und das Klima. Doch die Wirkung des menschlichen Tuns tritt oft verzögert zutage. Weil ein unmittelbares Ursache-Wirkung-Erlebnis fehlt, stehen sich Menschen aus der Verantwortung und handeln umweltschädlich. Es gibt viele kleine und größere Dinge, die zum Umweltschutz an Schulen beitragen. An vielen Schulen Österreichs sind bereits Maßnahmen ergriffen worden, dem Klimawandel entgegenzuwirken. An einigen Schulen wurden eigene Umweltteams eingeführt, an anderen wird bewusster auf die Mülltrennung geachtet. Das ist ein guter Anfang, doch wir, als Bundesschülervertretung, sind der Meinung, dass die Thematik des Klimawandels an unseren Schulen noch eine viel größere Rolle spielen sollte und viel mehr in diesem Bereich getan werden muss. Damit unsere Schulen uns nicht nur auf unsere Zukunft vorbereiten, sondern diese auch sichern!

Deswegen ist es unabdingbar, dass an allen Schulen Österreichs jegliche Arten von Einwegplastik abgeschafft wird. Nicht nur Schulkantinen oder Getränkeautomaten sollten nur noch wiederverwendbare Flaschen oder Materialien anbieten, sondern auch jede einzelne Schülerin und jeder einzelne Schüler soll zukünftig nur noch Hartplastik-, Glas-, oder Edelstahlflaschen von zu Hause mitbringen. Des Weiteren muss ein wirkliches Verständnis für den Klimawandel geschaffen werden. Dazu gehört auch, dass beispielsweise im Chemieunterricht die genaue Herstellung von Kunststoffen behandelt wird. Darauf aufbauend soll z.B. auch gelehrt werden, was passiert, wenn eben diese verbrannt werden, welche Schadstoffe dabei freigesetzt werden und warum genau diese dem Körper und der Umwelt solchen Schaden zufügen. Gleichzeitig müssen die Folgen des Klimawandels und wie diese verhindert werden können, im Unterricht behandelt werden. Dies kann in Unterrichtsfächern wie zum Beispiel Geographie und Biologie behandelt werden. Denn mit Bildung kann Bewusstsein geschaffen werden und dieses fehlt vielen Schülerinnen und Schülern, aber auch den Erwachsenen. Es geht um die Zukunft von uns Schülerinnen und Schülern. Jetzt haben wir noch die Möglichkeit, dass wir für Veränderung und Verbesserung sorgen können, bevor es zu spät sein wird.

Außerdem muss ein wirkliches Verständnis für den Klimawandel geschaffen werden und dies nicht nur in einem Unterrichtsfach, sondern fächerübergreifend. Gleichzeitig müssen die Folgen des Klimawandels und wie diese verhindert werden können, im Unterricht behandelt werden.

Des Weiteren ist die richtige Mülltrennung an Schulen ein relevantes Thema. Nicht nur das richtige Trennen, sondern auch eine konforme Entsorgung sind ein essenzieller Schritt zum Schutz des Klimas. Genau deswegen muss auch diese Thematik weiterhin intensiv verfolgt und forciert werden.

- 100 % plastikfreie Schulen in ganz Österreich
- Umweltbildung in den Schulunterricht einbinden
- Richtige Mülltrennung in Schulen forcieren und ausbauen

Supportpersonal

Im Jahre 2018 hat eine Studie der Bundesschülervertretung ergeben, dass jede und jeder zweite Schülerin bzw. Schüler schon einmal von Gewalt in der Schule betroffen war. Diese Gewalt kann in verbaler, aber auch physischer Form vorgekommen sein. Dies ist aber in vielen Schulen in ganz Österreich nicht der Fall.

Gewalt, Mobbing und Diskriminierung an Schulen sind keine Seltenheit, jedoch werden im österreichischen Schulsystem nur Sanktionen im Nachhinein, aber keine präventiven Maßnahmen davor gesetzt. Das Bildungsministerium und die Schulleitungen dürfen nicht mehr die Augen vor der Realität verschließen und sind zum Handeln gezwungen.

Schülerinnen und Schüler verbringen die meiste Zeit ihrer Jugend in der Schule. Mehrere Stunden pro Woche verbringen sie in denselben Klassenräumen mit derselben Klassengemeinschaft. Aus diesem Grund sollte Schule ein Ort sein, an dem man sich wohlfühlt und man gerne Zeit verbringt. Diesbezüglich kämpfen viele Schulen in Österreich mit großen Problemen. Lehrkräfte sind überfordert und schaffen es nicht mehr einen ordentlichen Unterricht durchzuführen. Gerade Gewalt an Schulen hat sehr stark zugenommen. Lehrpersonen aber auch Schülerinnen und Schüler werden während der Schulzeit direkt angegriffen. Schulen sind mit diesen Situationen überfordert.

Des Weiteren gibt es kaum mehr eine Schulpsychologin oder einen Schulpsychologen der dauerhaft vor Ort an der Schule anzutreffen ist. Einige sind nur wenige Stunden in der Woche an einer Schule und haben in dieser Zeit einen vollen Terminkalender. Aber gerade diese Personen sind wichtig für Schülerinnen und Schüler, um über die jeweiligen persönlichen Probleme reden zu können.

Daher braucht es ein flächendeckendes Angebot dieses schulpsychologischen Dienstes, welches auch staatlich gefördert wird. Wichtig für uns ist auch, dass dieser nicht nur dann eingesetzt wird, wenn ein Problem auftritt, sondern auch präventiv wirken kann und genauso als Beratung für einzelne Schülerinnen und Schüler genutzt werden kann. Gerade bei persönlichen Problemen ist es nötig, dass die Schule als psychosoziales Netzwerk agiert und die notwendigen Hilfeleistungen bieten kann.

Schülerinnen und Schüler brauchen Ansprechpersonen, welche sie vertrauen und mit denen sie Probleme besprechen können. Ebenfalls müssen Lehrerinnen und Lehrer unterstützt und entlastet

werden, so dass hier eine gezielte und fundierte Beratung gegeben ist. Deswegen fordern wir, dass zusätzliches Supportpersonal an den Schulen installiert wird, welche die Lehrpersonen und die Klassenverbände inner- und außerhalb des Unterrichts unterstützen. Die Aufgaben des Supportpersonals können weitreichend und variabel sein, zum Beispiel für Berufs- und Studienorientierungsgespräche, psychologische Gespräche oder für Förderprogramme von Schülerinnen und Schülern.

- Installation von zusätzlichem Supportpersonal
- Ausbau des Netzes von Schulpsycholog/innen
- Ausbau der Schulsozialarbeit für die Bewältigung von Krisen

Pflichtschulbereich

Österreich hat ein sehr vielfältiges und einzigartiges Bildungssystem. Angefangen bei den BMHS mit verschiedenen Schwerpunkten über die hochwertigen AHS bis hin zu den Berufsschulen. Dieses System findet man in dieser Form nur in Österreich und bietet für alle Schülerinnen und Schüler sich individuell zu entwickeln und weiterzubilden. Dennoch ist noch Luft nach oben und die einzelnen Systeme können noch verbessert werden. Zu diesem einzigartigen Ausbildung gehört auch der Pflichtschulbereich, welcher aus der Primarstufe und der Sekundarstufe I besteht.

Mit der Volksschule startet die schulische Laufbahn für alle Schülerinnen und Schüler. Diese Zeit gehört zu den wichtigsten Entwicklungsphasen eines jeden Kindes. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler eine gute pädagogische und lehrende Begleitung erfahren. Die Volksschule hat die Aufgabe, eine erste Primarbildung zu vermitteln. Dabei soll den Kindern eine grundlegende und ausgewogene Bildung im sozialen, emotionellen und intellektuellen Persönlichkeitsbereich ermöglicht werden. Anschließend an die Zeit in der Volksschule, geht der Ausbildungsweg weiter in der Sekundarstufe I. Hierbei gibt es zwei. verschiedene Möglichkeiten. Zum einen gibt es die Mittelschulen zum anderen die AHS-Unterstufen-Schulen. Die Aufgabe der Sekundarstufe I ist es, das Vermitteln einer erweiterten Grundausbildung und das Schaffen einer guten Voraussetzung für eine berufliche Ausbildung oder eine schulische Anschlusslösung. Sie vermittelt eine breite Allgemeinbildung und legt den Grundstein für eine anspruchsvolle berufliche Ausbildung.

Die Ausbildungsjahre, welche jede Schülerin und jeder Schüler durchläuft, sind für die Entwicklung besonders wichtig. Nicht nur für das Ansammeln von Wissen sondern auch für die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit. Gerade deshalb ist der Pflichtschulbereich sehr wichtig, wurde aber in den letzten Jahren stark vernachlässigt. Einige Probleme, welche in der Oberstufe auftauchen, hätten in der Volksschule oder der Sekundarstufe I verhindert werden können. Deshalb ist es wichtig, dass die Bildungspolitik in Zukunft ebenfalls diesen Bereich in Angriff nimmt und verbessert. Beide Systeme sind notwendig und nicht wegzudenken und brauchen eine starke Aufwertung.

- **Primarstufe**

- Erkennen und Fördern von Talenten schon in der Volksschule
- Gezielte und fundierte Vorbereitung auf den Übergang in die Sekundarstufe I
- Überarbeitung der Lehrpläne und Aufgreifen von aktuellen Themen

- **Sekundarstufe**

- Berufs- und Studienorientierung in der Sekundarstufe I
- Einheitliches Bildungsniveau in Mittelschulen sowie in AHS-Unterstufen
- Übergang in die Oberstufe soll reibungslos und einfach gestaltet werden